

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

59. Jahrg.

Abonnementspreis: Vierteljährlich 1,50 Mk., monatlich 50 Pf. einchl. Postbestellgebühr. Nur Postbezug, Erscheinungstage: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 8. November 1921

Anzeigenpreis: Verlags-, Fortbildungs-, Arbeitsmarkt- und Todesanzeigen 50 Pf. die fünfzeilige Zeile; Kauf-, Verkaufs- und alle sonstigen Reklamanzzeigen 1,50 Mk. Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 130

Bekanntmachung

Der Tarifausschuß hat beschlossen, daß die den Gehilfen, Hilfsarbeitern und Hilfsarbeiterinnen ab 15. November 1921 zusehende zweite Rate der tariflichen Lohnerhöhung vom 24. September 1921 schon jetzt zur Auszahlung kommen soll, und zwar mit Wirkung

ab 1. November

Demgemäß sind die seit 1. Oktober geltenden Wochenlöhne für Gehilfen in den Klassen A, B und C ab 1. November 1921 um 25 Mk., für Neuausgelernte um 20 Mk. zu erhöhen. Dasselbe gilt auch bezüglich der Feuerungszulage für Berechner.

Lehrlinge erhalten entsprechend der Lehrlingsordnung ein Zehntel dieser Summe, nämlich 2,50 Mk. wöchentlich.

Der Wochenlohn der Hilfsarbeiter und Hilfsarbeiterinnen wird entsprechend dem prozentualen Anteil am Gehilfenlohn erhöht, und zwar erhalten von dem Betrage von 25 Mk.

männliche Hilfsarbeiter im Alter von 17 bis 19 Jahren 70 Proz.	=	17,50 Mk.
" " " " über 19 " 21 " 75 "	=	18,75 "
" " " " " 21 " 24 " 80 "	=	20,00 "
" " " " " von mehr als 24 " 85 "	=	21,25 "
gebilte Anlegerinnen	=	13,75 "
alle übrigen Hilfsarbeiterinnen	=	12,50 "

Die Einberufung des Tarifausschusses zu neuer Verhandlung ist für den 24. November in Leipzig festgelegt.

Berlin, 4. November 1921.

Tarifamt der Deutschen Buchdrucker

Rudolf Allstein,
Prinzipalvorsitzender.

Robert Braun,
Gehilfenvorsitzender.
Paul Schliebs, Geschäftsführer.

Zum 9. November

1918—1921 am 9. November: es sind drei schwere Leidensjahre, die wir nun durchgeholt haben. Der gegen eine ganze Welt vermessene ankämpfende deutsche Militarismus und das halb absolutistische Regierungssystem unter einem gekrümmten Dr. Eisenbart sind wohl vor drei Jahren zusammengebrochen, aber die riesigen Schulthäufen des Allen wurden noch vergrößert durch die hinzukommenden aus der angebrochenen Periode der Scheinfreiheit. Strümpferhäuser richtete auch der Aberradikalismus auf. Die sozialdemokratische Koalitionsregierung der Volksbeauftragten ging darüber zu Bruch, was der jungen Republik moralisch großen Schaden zugefügt hat. In dem Maße, wie die Putschtaktik von ganz links zunahm und auch in der Arbeiterkassette der Terror das Allheilmittel nach russischem Vorbilde sein sollte, wandelte sich bei den öffentlichen Wahlen das Bild: die bürgerlichen Stimmen gewannen Vorsprung und der eigentlichen Reaktion blieben politisch wie wirtschaftlich die Ältesten.

So ging es fort: Die Arbeiterkassette gegeneinander kämpfend, das Unternehmertum zunächst vorsichtig und dann rücksichtslos seinen Nutzen daraus ziehend. Putschisten standen auf von rechts im März 1920 und von links im März 1921; sie verurteilten die Republik zu stürzen. Die damit doch weniger belasteten Kommunisten erhielten massenhaft exemplarische Strafen, die reaktionären Umstürzler von 1920 aber laufen jetzt noch frei herum!

Die Reaktion hat in Deutschland im dritten Jahre nach der Novemberrevolution von 1918 am kühnsten ihr Haupt erhoben. Ihre großen und doch so kleinen, engstirnigen und nationalistisch verbohrteten Männer haben unter dem Vorwande der Ultimatumspolitik der Entente gegenüber Deutschland ein gemeingefährliches Treiben entfaltet, das dem deutschen Volke mit Zins und Zinseszins von den imperialistischen Machthabern Europas und anderer Erdteile belmgezahlt wird. Ohne das Wüten der Reaktion in Deutschland wären wir weitergekommen mit den Eiegerdiktatoren und ihren kapitalistischen Drahtziehern. Bayerns schändliches Kahr-Regiment konnte mit Mühe und Not beseitigt werden, die dafür gekommene Verchensels-Regierung ist aber kein völliger Wechsel, sondern nur erst eine kleine Stillstandsverschiebung. Unter den vielen

politischen Morden ist die Beseitigung Erzbergers das schlimmste Machtsymbol der Reaktion gewesen. Wäre dieser selbe Akt nicht von den auf einmal wieder zusammenschendenden Arbeiterparteien mit solcher Demonstrationswucht pariert worden, würden wir jetzt noch schlimmer daran sein, könnten wir am 9. November 1921 vielleicht schon am Grabe der Republik stehen. Weltmann-Hollwegs neuer Memoirenband ist eine fürchterliche Anklagerede aus dem Grabe gegen Ludendorff, den gewesenen Diktator über Deutschland, den großen Generalfeldherren gegen eine Politik menschlicher Vernunft und gegen staatsmännliche Einsicht in die Ausichtslosigkeit des ungeheuren, volksverachtenden Krieges. Was die Entente gegen uns getan und noch tut, ist platter Unversand der sich übernehmenden Sieger, was aber Ludendorff getan hat, ist schlimmer noch als das. Und dieser Mann ist für viele noch in Deutschland das Symbol für Deutschlands Wiederauferstehung!

Die in allen möglichen Verleumdungen noch gar rührigen Orgeleule sind ihm und Kahr und Ihregleichen die besten Stützen, der jungen Republik das Lebenslicht völlig auszublauen. Was in der vergangenen Woche von dem sozialdemokratisch-unabhängigen Innenminister Ullrich im sächsischen Landtage vorgelegte große Anklagematerial gegen die reaktionären Geheimbünde ist ein grell ausleuchtendes Gefahrengleiches. Hier heißt es wieder auf dem Damme zu sein für alle, die über die noch vorhandene, aber doch schon etwas abgedämmte Unfreiheit zu wirklicher Freiheit streben.

Zur Abschüttelung auch des wirtschaftlichen Ausbeutungsjochs, zur Befreiung der vielen ungelunden Inneren Zustände. Mit dem alten Reichtum wetteifert der neue, durch den Krieg geborene um die Palme des Sieges über das sich reckende und streckende Volk der Arbeit. Die neue große Steuerungsquelle muß abgeleitet und der nun losbrechende Ansturm der neuen Steuern auf die gefüllten Geldbörse der Ruhehüter untes Glendes geleitet werden.

Den Umstürzern nach rückwärts den Damm auf zu legen und das Innere auf die Brust — das soll die am 9. November bei den Demonstrationen in Stadt und Land auszugebende Parole sein! Beteiligte sich je nach den örtlichen Abmachungen auch jeder Buchdrucker daran.

Ein Gesetzentwurf zur Arbeitslosenversicherung

Das Gespenst der Arbeitslosigkeit steht zwar gegenwärtig in Deutschland nicht so greifbar vor uns wie das in andern Industrieländern (besonders in England) der Fall ist, aber dennoch bleibt bei uns die Lösung des Arbeitslosenproblems nach wie vor im Mittelpunkt der sozialpolitischen Erörterungen. Niemand vermag zu sagen, wie lange Deutschland infolge des niedrigen Valutastandes und seiner verhältnismäßig niedrigen Arbeitslöhne seine Exportfähigkeit aufrechterhalten kann. Trifft darin eine Wendung ein, wenn dem deutschen Schleuderausverkauf die Erschöpfung folgt, dann wird sicherlich auch bei uns die Arbeitslosenziffer wieder in die Höhe schnellen, und dann muß den unverschuldet in Not geratenen Arbeitslosen aus öffentlichen Mitteln das zum Leben Notwendige unbedingt gewährleistet werden. Eine Meinungsverschiedenheit darüber kann es nicht mehr geben, nachdem schon in Artikel 163 der Verfassung des Deutschen Reiches grundsätzlich festgelegt worden ist, daß jedem Deutschen die Möglichkeit gegeben werden soll, durch wirtschaftliche Arbeit seinen Unterhalt zu erwerben. Soweit ihm angemessene Arbeitsgelegenheit nicht nachgewiesen werden kann, wird für seinen notwendigen Unterhalt gesorgt. Das Nähere wird durch besondere Reichsgesetze bestimmt. Zu einem solchen Reichsgesetz über eine vorläufige Arbeitslosenversicherung wurde in Nr. 24 des „Reichsanzeigers“ ein Referentenentwurf veröffentlicht, dessen Inhalt wir unsern Kollegen durch diesen Artikel etwas näher bringen wollen. Der erste Entwurf einer Arbeitslosenversicherung, den die Reichsregierung in den letzten vier Jahren aufgestellt und veröffentlicht hatte, erfuhr scharfe Kritik, was die Regierung zu seiner Zurückziehung Anfang 1921 veranlaßte.

Die Gewerkschaften haben von jeher die Forderung erhoben, daß Staat und Gemeinden unverschuldet arbeitslos gewordene Staatsbürger aus eigenen Mitteln zu unterstützen haben. Die bekannten zehn Punkte, die vom Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund aufgestellt und mit Hilfe beider sozialistischen Parteien am 22. April d. J. im Reichstag eingebracht wurden (veröffentlicht in Nr. 28 des „Korr.“), galten ausschließlich der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und haben weitgehende Maßnahmen vor. Nach ihrer Vorberatung im Plenum des Reichstags wurden die Forderungen dem Volkswirtschaftlichen Ausschusse zur Weiterberatung und Berichterstattung überwiesen. Inzwischen beschäftigte sich auch der Vorläufige Reichswirtschaftsrat im Juli d. J. mit der Lösung der Erwerbslosenfrage, und nach gemeinsamer Beratung des Wirtschaftlichen und Sozialpolitischen Ausschusses gab jener ein Gutachten ab, in dem u. a. der beschleunigte Erlass der Gesetze über den Arbeitsnachweis und die Arbeitslosenversicherung gefordert wurde.

Der schon erwähnte Referentenentwurf stellt eine teilweise Erfüllung der Forderung des Reichswirtschaftsrats dar. Aus den 100 Paragraphen des Gesetzentwurfs ist das Wichtigste hier zusammenfassend wiedergegeben.

Im ersten Abschnitte wird der Umfang der Versicherung klargestellt. Danach wird für den Fall der Arbeitslosigkeit versichert, wer auf Grund der Reichsgesetze gegen Krankheit pflichtversichert ist. Versicherungsfrei sind die unabhängig Beschäftigten sowie die in Land- und Forstwirtschaft, als Hausgehilfen, im Wandergewerbe usw. Tätigen. Außerdem wird von der Versicherung nicht berührt, wer das 16. Lebensjahr noch nicht beendet hat, wer infolge körperlicher Gebrechen weniger als ein Drittel des berufsmäßigen Einkommens bezieht und wer eine öffentliche oder Sozialrente bezieht, die täglich mindestens das Doppelte dessen beträgt, was an Arbeitslosenunterstützung bezahlt werden würde. Das Versicherungsverhältnis beginnt und endet nach den Vorschriften über die Krankenversicherung. Mit der Anmeldung zur Arbeitslosenversicherung als erfolgt. Entsprechendes gilt von der Abmeldung.

Als Gegenstand der Versicherung wird im zweiten Abschnitte bezeichnet: Arbeitslosenunterstützung, Verpflegung

Arbeitsloser für den Krankheitsfall und Kurzarbeiterunterstützung. Arbeitslosenunterstützung erhält, wer arbeitsfähig, arbeitswillig, aber unfreiwillig arbeitslos ist. Wer sich ohne berechtigten Grund weigert, Arbeit auch nach auswärts anzunehmen, bestimmt für die ersten vier Wochen nach der Weigerung keine Arbeitslosenunterstützung; es sei denn, daß für die Arbeit kein angemessener Lohn gezahlt wird oder die nachgewiesene Arbeit dem Arbeitslosen nach seiner Vorbildung, früheren Tätigkeit oder körperlichen Beschaffenheit nicht zugemutet werden kann, daß die Arbeit durch Auslastung oder Aussperrung freigeblieben ist oder daß die Versorgung der Familie unmöglich wird. Die gleiche Entziehung hat derjenige zu gewärtigen, der sich ohne berechtigten Grund weigert, sich einer Berufsumschulung oder Fortbildung zu unterziehen, die geeignet ist, die Aufnahme der Arbeit zu erleichtern, ohne daß ihm dadurch besondere Kosten erwachsen. Ebenso bekommt vier Wochen lang keine Unterstützung, wer seine Arbeit ohne Grund freiwillig aufgibt. Durch Streik oder Aussperrung arbeitslos Gewordene haben erst Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung nach Ablauf von vier Wochen seit dem Abschluß des Lohnkampfes. Der Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung entsteht erst, wenn der Versicherte in den 24 Monaten vor Eintritt der Arbeitslosigkeit während 26 Wochen Beiträge geleistet hat. Wer in den letzten 24 Monaten bereits für insgesamt 26 Wochen Arbeitslosenunterstützung bezogen hat, hat keinen Anspruch mehr; es müssen erst abermals während 26 Wochen Beiträge geleistet werden.

Die Unterstützung besteht aus der Hauptunterstützung und den Familienzuschlägen für Angehörige, die einen familienrechtlichen Unterhaltsanspruch haben. Die Höhe der Unterstützungssätze wird vom Reichsarbeitsminister unter Zustimmung eines besonderen Reichsausschusses festgelegt. Dabei ist zu unterscheiden zwischen Männern und Frauen, zwischen Arbeitslosen unter und über 21 Jahre und zwischen Ortsverweigerern. Die Familienzuschläge dürfen das Zweifache der Hauptunterstützung nicht übersteigen. Die Gesamtunterstützung darf nicht höher sein, als drei Viertel des Arbeitsentgelts, das der Arbeitslose zuletzt bezogen hat. Die Arbeitslosenunterstützung wird nach Ablauf von sieben Tagen nach der Anmeldung der Arbeitslosigkeit beim zuständigen Arbeitsnachweis gezahlt. Die Arbeitslosenunterstützung ist der Pfändung nicht unterworfen. Gelegenheitsverdienst des Arbeitslosen, der 10 Proz. der Gesamtunterstützung nicht übersteigt, wird nicht angerechnet. Der Mehrbetrag dieses Verdienstes aber wird bis zu 60 Proz. angerechnet. Für die Tage, an denen der Arbeitslose die vorgeschriebene Meldung unterläßt, wird keine Unterstützung gezahlt.

Auch teilweise Arbeitslosen, den sogenannten Kurzarbeitern, soll Unterstützung gewährt werden. Versicherungspflichtige Arbeitnehmer, die in einer Kalenderwoche infolge Arbeitsmangels verhärt arbeiten müssen und Lohnkürzungen unterworfen sind, erhalten, sofern 50 Proz. des Wochenarbeitsverdienstes einschließlich des Verdienstes aus Gelegenheitsarbeit den Wochenbetrag der Unterstützung bei gänzlicher Arbeitslosigkeit nicht erreichen, Kurzarbeiterunterstützung in Höhe des fehlenden Betrags; jedoch dürfen Arbeitsverdienst und Unterstützung nicht höher sein, als der Betrag des Arbeitsverdienstes bei voller Arbeitszeit.

Von der Festsetzung und Auszahlung der Leistungen handelt der dritte Abschnitt (§§ 36—52). Danach werden die Leistungen aus der Arbeitslosenversicherung auf Antrag von dem Vorsitzenden des Arbeitsnachweises festgelegt. Den Antrag auf Arbeitslosenunterstützung hat der Arbeitslose bei dem Arbeitsnachweise zu stellen, in dessen Bezirk er seinen Wohnsitz hat. Der Antrag auf Kurzarbeiterunterstützung kann nur der Arbeitgeber oder die Betriebsverwaltung stellen. Die Kurzarbeiterunterstützung hat der Arbeitgeber kostenlos zu errechnen. Der Arbeitsnachweis kann Ermittlungen jeder Art mit Ausschluß eidlicher Vernehmungen anstellen.

Im vierten Abschnitt werden die Maßnahmen zur Verhütung und Beendigung der Arbeitslosigkeit behandelt. In erster Linie soll die Arbeitslosigkeit durch Vermittlung vorhandener Arbeit verhütet und beendet werden. Zu diesem Zweck können dem Arbeitslosen vom Arbeitsnachweise Ratschläge zum Überleben in einem andern Ort, wo er erwerbsfähige Beschäftigung erlangen kann, gewährt werden, wenn dem Arbeitgeber nicht zugemutet werden kann, die Kosten zu übernehmen und Arbeit in nähergelegenen Orten nicht vorhanden ist. Die Reisekostengewährung kann auch auf die Familienmitglieder des Arbeitslosen ausgedehnt werden. Geduldet der Arbeitslose allein nach einem andern Arbeitsort über, so können die Familienzuschläge für die zurückbleibenden Angehörigen für die Dauer des Arbeitsverhältnisses ganz oder teilweise wellergewährt werden. Das gilt namentlich für unfähige Arbeit. Hat der Empfänger der Arbeitslosenunterstützung eine Arbeit angenommen, in der er wegen mangelnder Fertigkeit den Normalverdienst erst später erreichen kann, so kann ihm bis zur Dauer von acht Wochen ein Zuschuß zum Arbeitsentgelt gewährt werden. Arbeitsentgelt und Zuschuß dürfen weder die Höhe des vollen Verdienstes noch drei Viertel der zuletzt gezahlten Arbeitslosenunterstützung übersteigen.

Von der Aufbringung der Mittel ist im fünften Abschnitt die Rede. Die Mittel für die Versicherung und die notwendigen Kosten für die Arbeitsnachweiskämter sollen aufgebracht werden zu zwei Dritteln durch Beiträge der Arbeitgeber und Arbeitnehmer und im übrigen durch Zuschüsse des Reiches, der Länder und Gemeinden. Der Reichsarbeitsminister legt die Beiträge mit Zustimmung eines Reichsausschusses alljährlich für das folgende Kalenderjahr fest. Die Verteilung der Beitragslast auf die einzelnen Arbeitgeber und Arbeitnehmer hat der Abführung der

Hauptunterstützung und der Gefahr der Arbeitslosigkeit im Verlaufe zu entsprechen. Die Anzahl der Gefahrenklassen soll nicht mehr als drei betragen. Die Beiträge werden von Arbeitgebern und Arbeitern je zur Hälfte getragen. Die Arbeitgeber haben die Beiträge für ihre Arbeiter gleichzeitig mit den Beiträgen für die Krankenversicherung an die zuständige Krankenkasse einzubringen, die dann die Beiträge an die von der obersten Landesbehörde bezeichnete Klasse abzuführen hat. Von dem Aufwande der Versicherung sollen aus öffentlichen Mitteln aufgebracht werden: ein Sechstel durch das Reich, ein Neuntel durch die Länder und ein Achtzehntel durch die Gemeinden. In besonderen Fällen können den Ländern und Gemeinden aus Reichsmitteln besondere Beihilfen für ihre Lasten gewährt werden.

Der letzte und letzte Abschnitt enthält die allgemeinen Übergangs- und Strafbestimmungen. § 79 bestimmt ausdrücklich, daß Leistungen, die auf Grund des Arbeitslosenversicherungsgesetzes gewährt werden, keine öffentlichen Armenunterstützungen sind. Verstöße von Unterstützungsempfängern gegen diese Vorschriften können von Verwaltungsausschüssen des Arbeitsnachweises durch festzusetzende Strafen bis zum dreifachen Betrage der fälligen Unterstützung geahndet werden. Gegen werden Arbeitgeber mit Gefängnis bestraft, wenn sie Beiträge, die sie von den Beschäftigten einbehalten oder von ihnen erhalten haben, vorzüglich der berechtigten Kasse vorenthalten; daneben kann auf Geldstrafe bis zu 3000 Mk. und auf Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte erkannt werden.

So weit die wichtigsten Bestimmungen des vorläufigen Entwurfs über die Arbeitslosenversicherung. Ein den Entwurf erläuternder Kostenanschlag rechnet unter Zugrundelegung der gegenwärtigen Verhältnisse mit einem Jahresaufwande von zwei Milliarden, von denen die zwölf Millionen Arbeiter und Unternehmer je ein Drittel mit rund 660 Millionen aufzubringen haben würden, d. h. wöchentlich etwa eine Mark für jeden Arbeiter. Wie schon bemerkt, handelt es sich um einen Referentenentwurf, der zunächst vom Reichsarbeitsminister genehmigt werden muß, ehe er dem Reichskabinett und der gelegenden Sörperschaft — dem Reichstage — vorgelegt wird. Bevor der Entwurf Rechtskraft erlangt, muß er von den Vertretern der Arbeiterkassen im Parlament einer genaueren Kontrolle unter dem Gesichtspunkte des Arbeiterschutzes unterzogen werden. Sie haben in erster Linie dafür zu sorgen, daß Wohlstand nicht zur Plage wird. An Stelle kaufmännischer Begriffe über die Voraussetzungen zum Bezuge der Arbeitslosenunterstützung müssen möglichst eindeutige und klare Bestimmungen treten, die nicht nach Gutdünken ausgelegt werden können, wenn es z. B. zu entscheiden gilt, wer arbeitsfähig, wer arbeitswillig, aber unfreiwillig arbeitslos ist, oder wer sich ohne berechtigten Grund weigert, einer Berufsumschulung oder Fortbildung zu unterziehen. Ein gegenüber den früheren Entwürfen vollständig neues Moment, das sehr zu begrüßen ist, muß in der Kurzarbeiterunterstützung erblickt werden. Gegen enthält die Bestimmung in § 14, wonach solche Arbeitslose, die während der letzten 24 Monate für insgesamt 26 Wochen Unterstützung bezogen, erst wieder 26 Wochenbeiträge leisten müssen, erheben können, eine Härte, die mit den tatsächlichen Verhältnissen absolut unvereinbar ist. Man denke nur, wie viele Arbeiter innerhalb eines Zeitraums von zwei Jahren weit mehr als 26 Wochen arbeitslos sind. Viele besonders hart Betroffenen würden naturgemäß am schwersten unter einer so welfremden Bestimmung zu leiden haben. Ein grundsätzlicher Einwand ist ferner geltend zu machen gegen die Bestimmung in § 62, daß die Mittel für die Arbeitslosenversicherung und die notwendigen Kosten für die Arbeitsnachweiskämter zu zwei Dritteln durch Beiträge der Arbeitgeber und Arbeitnehmer, im übrigen durch Zuschüsse des Reiches, der Länder und Gemeinden aufgebracht werden sollen. Demgegenüber ist zu fordern, daß die Kosten der Arbeitslosenversicherung in erster Linie von Staat und Gemeinden getragen werden, die sich dafür an den Unternehmern schadlos halten müssen. Die Arbeiter sind an und für sich durch direkte und indirekte Steuern aller Art schon schwer genug belastet. Außerdem haben sie die Kosten der Arbeitslosenunterstützung aus gewerkschaftlichen Mitteln Jahrzehnte hindurch ganz allein aufbringen müssen, während die Unternehmer für die Bereitstellung einer Reservearmee von Arbeitskräften absolut nichts leisteten. Nunmehr bietet sich Gelegenheit, das lange genug Verstumme auszulegen durch die Heranziehung der Unternehmer zur Aufbringung eines Teiles der Kosten der staatlichen Arbeitslosenversicherung.

Bisher haben Staat und Gesellschaft die Arbeitslosen auf die Selbsthilfe und die öffentliche Armenpflege verwiesen. Die dem unwürdigen Zustande soll das Gesetz über eine vorläufige Arbeitslosenversicherung ein Ende bereiten. Warum diese eine „vorläufige“ sein soll, ist schwer verständlich. Es sei denn, daß dem Widerstand einflußreicher Kreise in Industrie, Handel und Landwirtschaft gegen eine gesetzliche Regelung der Arbeitslosenversicherung durch die provisorische Vorlage gewisse Konzessionen gemacht werden mußten. Trotz aller Widerstände aber wird die staatliche Arbeitslosenversicherung ihrer endgültigen Lösung nähergebracht werden müssen, nachdem der Grund dazu

gelegt worden ist durch die im nächsten Jahr erscheinende Verordnung vom 13. November 1918, die die Erwerbslosenfürsorge für die Zeit der wirtschaftlichen Demobilisierung einführt. Das jene Lösung im Sinne der Arbeiterkassen erfolgt, dafür werden ihre Vertreter in den entscheidenden Körperlichkeiten alle Kraft einzusetzen haben.

Das Buchgewerbe im Auslande

Österreich. Die fürchtbare Entwertung der österreichischen Krone drückt sich in den Zahlen aus, die allmonatlich von der Statistischen Zentralkommission herausgegeben werden. Während die Kosten für den Nahrungsmittelverbrauch einer Person von 2778 Kr. im August auf 3531 Kr. im September angewachsen waren, erhöhten sie sich im Oktober auf 5534 Kr. oder um rund 55 Proz. Eine aus vier Personen bestehende Familie, die im September für den notwendigen Nahrungsmittelverbrauch 10837 Kr. gegenüber 8244 Kr. im Monat vorher benötigte, gebrauchte im Oktober bereits 16173 Kr. für die Bestreitung der notwendigen Lebensmittel, was eine Steigerung um 49 Proz. bedeutet. Dabei ist die Ausarbeitung durch die Statistische Zentralkommission äußerst mangelhaft und die Bedürfnisse für Wohnung, Kleidung und alle übrigen Kulturbedürfnisse sind nicht mitgerechnet. Außerdem will namentlich die Regierung ernstlich, und zwar schon in der allernächsten Zeit, mit der staatlichen Zulufuhr wirtschaftlich ausräumen, damit die Banknotenpresse stillgelegt werden und das Defizit im Staatshaushalte zulehends eine Verringerung erfahre. Also Freihandel auf der ganzen Linie wie vor dem Kriege. Was für den Hausbau eines Arbeiters dieser Vorgang bedeuten würde, läßt sich vorläufig kaum überblicken, jedoch einigermaßen voraussehen, wenn das Brot allein das Sieben- bis Achtfache kosten wird. Die industriellen Kapitalistenkreise und ihre Ratgeber haben in einer Enquete mit der Regierung wohl erklärt, daß sie die großen Lasten zugunsten der Finanzierung des staatlichen Organismus und der Stabilisierung des Kronenwertes in der größtmöglichen Weise auf ihre Schultern nehmen wollen, jedoch darf sich die Arbeiterschaft keinem großen Optimismus hingeben. Es wird allem Anscheine nach zu harten Erschütterungen des Wirtschaftslebens kommen. Wie allmonatlich sind auch diesmal wieder die Vertreter der im Kartell vereinigten Gehilfen und Hilfsarbeiter mit dem graphischen Unternehmeramt am 29. Oktober zusammengekommen, um über die weitere Erhöhung der Steuerungszulage zu beraten. Die Verhandlungen, die am 29. Oktober vor sich gingen, führten zu keinem Ergebnis, und die Lage hat sich infolge der Unnachgiebigkeit der Unternehmer so verschärft, daß an das äußerste Kampfmittel gedacht werden muß. Am 1. November hielt der Verbandsobmanns Pöschl eine Versammlung ab, in der über den Gang der diesmaligen Verhandlungen ausführlich berichtet wurde. Die Unternehmer erklärten vor einiger Zeit, man solle die vielen Verhandlungen ersparen, indem man bestimme, daß je nach der Steigerung die Erhöhung eintrete. Sie bestellten einen Mathematiker, waren aber mit dem Ergebnisse nicht zufrieden. Die offizielle Indexziffer ist aber nicht verwendbar, denn die letzte beruht auf ungläubigen Berechnungen. Man hat die Waren, die stark gestiegen sind, in der Menge herabgesetzt, andre, besonders solche, die nicht gekauft werden oder nicht zu haben sind, in der Menge erhöht, und so ist keine brauchbare Indexziffer herausgekommen. Die Gehilfenvertreter wollten die Ziffer selbst berechnen, darauf gingen aber die Unternehmer nicht ein, und so forderten erstere 65 Proz., das wären in der höchsten Stufe 2681 Kr.; für die Hilfsarbeiter und Hilfsarbeiterinnen wurden 80 Proz. gefordert. Die Unternehmer wollten aber in der höchsten Stufe nur 1500 Kr. gewähren. So mußten die Verhandlungen abgebrochen werden. Die Gehilfenvertretung legte der Gewerkschaftskommission die Lage dar und wurde mit dieser beim Bundeskanzler vorstellig, um ihn zu unterrichten, daß der Konflikt nicht auf die Tagdruckereien beschränkt bleibe, sondern auch die Zeitungen, die Bank- und die Staatsdruckerei ergreifen, also eine Katastrophe eintreten würde, die die Unternehmer nicht verantworten könnten. Der Kanzler setzte sich daraufhin mit den Unternehmern ins Einvernehmen. Das hatte den Erfolg, daß am 9. November im Ministerium für soziale Verwaltung aufs Neue zwischen den Parteien verhandelt werden wird. Es bedeutet, so führte der Berichtstatter aus, eine schwere Zurechtweisung an die Gehilfenchaft, vorläufig Ruhe in den Betrieben zu bewahren. Die Gesamtaktion dürfte aber nicht durch Einzelaktionen gestört werden. Das sei auch nicht nötig, da unbedingt darauf bestanden werden würde, daß am 5. November die neuen Löhne erstmalig zur Auszahlung gelangen. Sowie möglich, wird versucht werden, ohne Anwendung stärkerer Mittel zum Erlolge zu gelangen. Die Debatte war sehr lebhaft, zum Teil hitzig. Es wurde von allen Rednern hervorgehoben, daß die Forderungen den heutigen Warenpreisen nicht mehr entsprechen, und daß es besser gewesen wäre, höhere Forderungen zu stellen. Es könnte daher dazu kommen, daß die Arbeiter die Arbeit nur entsprechend den eintenden Löhnen leisten. Der Referent betonte im Schlußwort, daß es, falls es zum Kampfe kommen sollte, um andre Ziele gehen werde als um die heutigen Forderungen. Folgende Entschließung wurde einstimmig angenommen: „Die Vertrauensmännerversammlung nimmt den Bericht zur Kenntnis, kann es aber nicht unterlassen, auf die bereits lieberhaft Angehuld der Arbeiter in den Betrieben, hervorgerufen durch die fortwährend steigende Steigerung,

hinzuwiesen. Die Verammelten beauftragen ihre Vertreter, mit allem Nachdruck dafür einzutreten, daß nicht nur die auf Kosten der Arbeiterchaft seit fünf Wochen wirkende, sondern auch die bereits in den nächsten Tagen zur Wirkung kommende Teuerung durch eine ausgiebige Erhöhung der Löhne ausgeglichen wird. Die Vertrauensmänner erklären weiter, daß es ihnen auf jeden Fall unmöglich wäre, die Ruhe in den Betrieben aufrecht zu erhalten, wenn nicht in dieser Woche ein Aberein kommen aufkünde käme, durch das die Auszahlung der erhöhten Löhne für den 5. d. M. gesichert ist. Weiter wurde einstimmig beschlossen, daß vom 15. d. M. an die Erhöhung 100 Proz. und für die Hilfsarbeiterchaft 120 Proz. zu betragen habe. Es wäre zu wünschen, daß die Unternehmer zur Einigkeit gelangen, damit ein für beide Teile folgenschwerer Kampf vermieden wird.

Ungarn. Am 3. September d. J. haben die Buchdruckerarbeiter Budapests und die der Provinz eine Lohnaufbesserung von 100 bzw. 80 Kr. erhalten, infolge der ganz enormen neuerlichen Teuerung jedoch traten die Gehaltsvertreter, gedrängt von der Kollegenchaft, bereits in den ersten Tagen des Oktober an die Prinzipale heran, um wegen einer abermaligen Lohnerhöhung Verhandlungen anzubahnen. Diese Verhandlungen konnten am 25. Oktober endlich nach Umhüllung so mancher Klippen - Abbruch der Beratungen, Befragung der Vertrauensmänner usw. - abgeschlossen werden. Auf Grund der Vereinbarung, die folgendermaßen zwischen Prinzipalen und Gehilfen zustande kam, erhöhten sich die Löhne ab 29. Oktober in Budapest bei Facharbeitern bei Tag um 175, bei Nacht um 200 Kr.; bei Hilfsarbeitern bei Tag um 122 Kr., bei Nacht um 135 Kr.; in der Provinz bei Facharbeitern bei Tag um 150, bei Nacht um 175 Kr. Die Arbeiterinnen (Einlegerinnen) erhielten in Budapest eine Aufbesserung ihrer Löhne von 105, in der Provinz eine solche von 55 bei Tag, bei Nacht 70 Kr. Das niedrigste Minimum der Facharbeiter ist nun in Budapest 1040 Kr., das höchste 1265 Kr.; in der Provinz beträgt das niedrigste Minimum jetzt 910 Kr., das höchste 1000 Kr. Die langwierigen Verhandlungen haben diesmal einen nicht zu unterschätzenden Erfolg für später gezeitigt. Es wurde nämlich vereinbart, daß in Zukunft auf Grund einer objektiven geführten Lebenshaltungstabelle alle zwei Monate einmal festgestellt wird, ob sich eine Erhöhung, ein Zurückgehen oder eine Stagnation der Preise zeigt. Diese statistischen Daten sollen rückwirkend ab 1. Oktober. Werden diese am 30. November eine weitere Teuerung ausweisen, so erhöht sich der Lohn des Arbeiters und der Arbeiterin (nicht das Minimum) um so viel Prozente, als die neuerliche Teuerung in Prozenten beträgt, automatisch, wozu noch ein zehnprozentiger Aufschlag als Aufbesserung des Lebensstandards kommt, weil dieser derzeit das Existenzminimum nicht erreicht. (Beispiel: Beträgt das Plus an Teuerung 100 Kr., so werden 110 Kr. gezahlt.) Zeigt aber die Statistik ein Zurückgehen der Preise, bleibt die Situation nach dem ersten-zweit Monate un verändert; sollte dieses Zurückgehen der Preise noch weiteren zwei Monaten noch immer anhalten, so tritt ein Abbau der Löhne um so viel Prozent ein, als die Statistik Prozente des Zurückgehens ausweist, jedoch in dem Sinne, daß vom Lohne bloß die Hälfte des hierauf entfallenden Betrags in Abzug gebracht wird, während die andere Hälfte zur Aufbesserung des Lebensunterhalts dient. Ein Steigen oder Zurückgehen der Preise von nur 5 Proz. zählt nicht. Sollte eine Stagnation eintreten, die vier Monate anhält, treten die Parteien zusammen, um zur Aufbesserung des Lebensstandards eine Lohnerhöhung zu bestimmen, die weniger als 2 Proz. nicht betragen kann. Auf Grund dieses Ergebnisses, das von beiden Seiten auf drei Monate gültig gemacht werden kann, wurde erreicht, daß jede neuere Belastung durch die Teuerung nicht mehr von der Gehilfenchaft, sondern von der Prinzipalchaft zu tragen, besser gelagt, zu überfragen sein wird. Das ist ein Erfolg, mit dem die ungarischen Buchdruckerarbeiter zufrieden sein können.

Rußland. Das „Berliner Tageblatt“ hat unlängst einige Vergleiche über das russische Buchdruckgewerbe jezt und früher gebracht. Ob die Zahlen stimmen, ist schwer festzustellen; sie werden hier also mit Vorbehalt wiedergegeben. Vor dem Kriege zählte man in Moskau an 300 große und kleine Druckereibetriebe, in Petersburg über 350. Auf das ganze übrige Rußland entfielen, wenn man von den allerdings nicht genauen Angaben des russischen Ministeriums für Handel und Gewerbe ausgeht, an 400 Buchdruckereien; also in ganz Rußland insgesamt über 1000, die alle in vollem Betriebe waren. In Petersburg gab es allein 8000 Handfeger und außerdem 200 Schmalzdrucker. Die Gesamtzahl der im Buchgewerbe in Petersburg beschäftigten Arbeiter betrug etwa 32000. In Moskau gab es 5000 bis 6000 Seher, an 150 Schmalzdrucker und insgesamt 24000 Arbeiter. Im übrigen Rußland waren über 26000 Arbeiter beschäftigt. Die verhältnismäßig geringe Zahl der Arbeiter des Druckgewerbes, die in Provinzdruckereien beschäftigt war, erklärt sich damit, daß in den Gouvernementsstädten nur kleinere Druckereien existierten. Insgesamt ergab sich die Zahl von 80000 Sehern, Druckern und Hilfsarbeitern. Jezt ist das Buchdruckgewerbe lezt zurückgegangen. Aus dem Produktionsprogramm des Obersten Volksrats für das Jahr 1921 ist zu ersehen, daß Rußland einschließlich der Grenzgebiete 39092 Buchdrucker darunter, 13209 Seher hat. Vollautomatmaschinen gab es Ende 1920 nur 168, wovon 78 nicht funktionierten. Der Bestand an Flachpressen betrug 3414, wovon 1203 nicht funktionierten. Von allen übrigen Maschinen konnten 40 Proz. als nicht instande gerechnet werden. Papierfabriken waren vor dem Kriege über 300 in Betrieb mit 60000 Arbeitern, wovon 42500 auf Druckpapiererzeugung entfielen. Nach der Zählung von 1918 war die Zahl insgesamt schon auf

22220 zurückgegangen. Der russische Oberste Volksratsrat hat wohl der Wiederherstellung des Buchdruckereiwesens besondere Aufmerksamkeit zugewendet, es ist ihm aber doch nicht gelungen, etwas Sonderliches zu erreichen, so daß Rußland noch lange in großem Umlange auf das Ausland angewiesen ist.

Das Setzungsweesen im Gouvernemen Moskau, das ebenso große Belgien und am dichtesten besiedelt ist, hat nach der gleichen Quelle Rückgang bis auf neun Millionen erfahren. Drei davon können aus Papiermangel jezt nicht weitererschienen. Nur eine von den neun erscheint noch täglich. Die Auflage des täglich erscheinenden Blattes soll 2000 und die Auflagen der fünf andern 1400, 2600, 1500, 1000 und 2000 betragen. Die deutsche Tagespresse wählte neuerdings zu melden, daß in Moskau die erste Privatsetzerei zugelassen wurde. Die Sowjetregierung hat angeblich einem Privatunternehmen die Konzession zur Herausgabe einer Zeitung erteilt, die Anzeigen enthalten soll. Diese Zeitung erscheint wöchentlich einmal.

Aber das heutige russische Buchwesen hat der gegenwärtig in Deutschland weilende russische Dichter Maxim Gorki in einer Eingabe an den Sowjetkongress einige schwerwiegende Feststellungen gemacht. Sach, Korrektur und Druck werden von ihm scharf kritisiert. Das Alphabetentwurf, gegen das mit anerkanntem Eifer von dem Sowjetregiment angefaßt wird, geht dennoch nicht wesentlich zurück. Wenn jemand im Frühjahr lesen gelernt hat, kann er es im Herbst schon nicht mehr, da ihm Bücher und Zeitungen zur Abung fehlen. Die Provinz ist ganz ohne Bücher. Es gibt keine Lehrbücher für Schulen und Universitäten. Alle letzte Lehrbücher werden „hinten rum“ für 3000 bis 5000 Rubel für das Exemplar verkauft. Hochschulbücher sind nicht zu bekommen; die „Pathologie“ von Strümpell kostet 150000 Rubel, die „Physik“ von Chmowski 300000 Rubel. Um diese unentbehrlichen Bücher zu bekommen, tun sich die Studenten zu Gruppen von 15 bis 20 Mann zusammen und kaufen ein Buch. Es ist kein Wunder, wenn die Republik sehr schlechte Ärzte, Ingenieure, Chemiker und überhaupt gelehrte Spezialisten bekommt.

Spanien. Das „Nieuwsblad voor den Bockhandel“ enthält einige Mitteilungen über den spanischen Buchhandel, denen wir folgendes entnehmen: Zur Zeit existieren in Spanien 200 Verlagsunternehmen mit ungefähr 4000 Beschäftigten. Der jährliche Papierverbrauch wird auf 5 bis 6 Millionen Kilogramm bemessen. Fast die Hälfte der spanischen Bücherproduktion wird nach dem Ausland ausgeführt. Größtenteils besteht diese Ausfuhr aus Romanen und Theaterstücken von spanischen Autoren oder aus Übersetzungen. Weiter werden ausgeführt: wissenschaftliche Werke und Bücher religiöser, politischer und historischer Natur. Das französische belletristische Buch steht unter den eingeführten Büchern an erster Stelle; die Einfuhr aus andern Ländern ist verhältnismäßig gering, obwohl in Spanien mehr Englisch als Deutsch gelehrt wird, werden doch mehr deutsche Bücher gekauft, eine Folge des unzureichenden Rabatts, den die englischen Verleger gewähren. Der französische Buchhandel in Barcelona ebenso wie einige spanische Firmen verkaufen auch englische Bücher, aber der Absatz ist nur gering. Die große Zahl der deutschen Bücher, die verkauft werden, ist zurückzuführen auf die geschäftliche Routine des deutschen Buchhandels in Barcelona und Madrid, dem es gelungen ist, sich in den Kriegsjahren vom Mutterland isoliert zu behaupten. Die spanischen Verleger hatten sich gleich nach der Wiederaufnahme der Beziehungen mit Deutschland die Übersetzungsrechte zahlreicher deutscher wissenschaftlicher und technischer Werke erworben, anfänglich gegen sehr geringen Preis, weil die Deutschen damals noch keinen Valutauschlag berechneten. Es wird also eine nicht geringe Zahl ins Spanische überleser deutscher Werke in Spanien erscheinen, weil außerdem auch die Papierpreise durch Druck von oben herab stark gesunken sind. Die Preise der spanischen Bücher sind im allgemeinen hoch zu nennen. Konkurrenz des ausländischen Buches in der spanischen Sprache ist ausgeschlossen und deshalb kann der Verleger keine Preise feststellen, wie es ihm geziemlich. Für Romane und Gebilde wird jezt allgemein das Quartformat benutzt und für den Druck dünnes Papier. Wissenschaftliche und Kunstausgaben werden auf gefricktem Papier in Folioformat hergestellt, und der Anschlag hat meistens ein rubiges und künstlerisches Ansehen.

Amerika. Der große Kampf der amerikanischen International Typographical Union für die Einführung der 44tägigen Arbeitswoche in den Werk- und Akzidenzdruckereien scheint seinem Ende entgegenzugehen. Die Unternehmer sind nicht mehr willens, die großen Opfer noch weiterhin zu tragen, die ihnen der Kampf auferlegt, zumal sie erkennen müssen, daß ihre Hoffnung, die Gehilfenorganisation würde aus finanziellen Gründen gezwungen sein, den Kampf aufzugeben, sich nicht verwirklichen wird. Außerdem ist die letzte Hoffnung der Unternehmer, die Anrufung der Gerichte in einer Anzahl von Städten, ebenfalls fruchtlos gewesen, denn ihre Druckereien stillen sich nicht wider mit Personal. Länger können sie aber ihre Geschäfte nicht leertehen lassen, da mit dem Wiederaufleben der allgemeinen Geschäftstätigkeit, die vom übrigen Unternehmertum zurückgehaltene Aufträge wieder in größerer Zahl einzulaufen beginnen. Um sie auszuführen, bleibt nichts anderes übrig, als mit der Gehilfenorganisation Frieden zu schließen. Stützpunkt ferner noch, daß die Lockung, die man den Druckereibesitzern bei Beginn des Kampfes als Köder hingehalten hat, um sie zum Widerstande gegen die Gehilfenforderung zu ermutigen, nämlich die versprochene Streikentschädigung, nur lauter Jauber war. Die für diesen Zweck festgesetzte in Baltimore gegründete Abweh-

organisation ist mit Hinterlassung einer Schuld von weit über einer Million Dollar schmachlich in die Brüche gegangen. Die mit lauten Tanton ins Leben gerufene Streikversicherungsgesellschaft ist nur inlande gewesen, für den ersten Monat des Kampfes Unterstützung an die bei ihr verlickerten Prinzipale zu bezahlen. Die Kampfbühne im Unternehmerrager wählten diese Tatsache dem großen Publikum gegenüber geheim zu halten. Selbst vielen Prinzipalen war nichts davon bekannt, sondern sie wurden mit Versprechungen aller Art hingehalten und zum Ausharren ermutigt, bis infolge einer gerichtlichen Untersuchung die Gesichte zum Klappen kam. Dabei wurde festgestellt, daß die Streikversicherungsgesellschaft rektungslos bankrott ist und ihren eingegangenen Verpflichtungen nicht nachkommen kann. Die Leiter des Unternehmens geben dies auch offen zu, erklären aber, daß sie ja in diesem großen Kampfe den Druckereibesitzern zu viele Dienste durch Anwerbung von Streikbrechern und gegen den Streik gerichtete Agitation geleistet hätten, daß diese die Klage nicht weiter betreiben, sondern einfach auf das ihnen versprochene Geld für Streikentschädigung verzichten sollten, zumal bei weiterem Betreiben des Gerichtsverfahrens ja doch nichts für sie herausbringen würde.

Die New Yorker „Times“ feierte vor kurzem das Jubiläum ihres 70jährigen Bestehens. Noch vor 30 Jahren war sie ein ganz unbedeutendes Blatt. Heute hat die „Times“ eine Auflage von 300000 Exemplaren und verzeichnet einen jährlichen Reingewinn von 50 Mill. Dollars. Sie besitzt eigene Wälder und Papierfabriken, so daß sie auf fremdes Material nicht angewiesen ist.

Die neuße uns vorliegende Nummer der deutsch-amerikanischen „Buchdruckergeltung“ vom 16. Oktober bringt wiederum eine Reihe von Bewilligungen der 44tägigen Arbeitswoche. Die in Philadelphia erscheinende Fachschrift „Modern Merchant and Grocery World“ ruft in einem Leitartikel aus: „Gott sei Dank, daß der Streik vorüber ist, denn dieser hat unsere Zeitung seit dem 1. Mai wie einen zusammengesetzten Tisch erscheinen lassen. Mit dieser Nummer nimmt sie aber wieder ihr gewöhnliches typographisches Aussehen an, das immer ein würdiges und ausländisches war.“ Derselben Dankesruf würden jedenfalls noch viele andere ausländische Firmen ausstoßen, denn sie sind der Hinfuhr der Streikbrecher schon längst überdrüssig. Aber leider ist für sie der große Streik noch nicht vorbei, da die Unternehmerrorganisation und die Großkapitalisten, die die Buchdruckereibetriebe beherrschen, sich noch immer der Belassung des Streiks hartnäckig widersetzen. Trotzdem kann es nicht mehr lange dauern, bis von allen Seiten derselbe Ruf erklingen wird: „Gott sei Dank, der Streik ist vorüber!“, denn die unionfeindlichen Prinzipale sind am Ende ihres Lateins angelangt. Sie gehen bereits dazu über, denjenigen ihrer Arbeiter, die während des Streiks treu zu ihnen geblieben haben und dadurch zu Verrätern an ihren Berufsgenossen wurden, Ehrenplakette auszuschießen. Viele Dokumente für ihre Arbeitswilligkeit werden, sich wohl die wenigsten Streikbrecher „ehrdücken“ lassen.

Gestorben

- In Chemnitz am 3. Oktober der Seher Kurt Mänzel, 21 Jahre alt.
- In Wenzig am 15. Oktober der Seher Leopold Albuschall, 58 Jahre alt.
- In Eisenberg am 9. Oktober der Buchdruckereibesitzer Karl Schmidt, 66 Jahre alt.
- In Freiburg i. Br. am 14. Oktober der Seher Karl Bruder, 28 Jahre alt.
- In Grünberg am 25. Oktober der Seher Fritz Aren, 19 Jahre alt.
- In Hamburg am 22. Oktober der Falter Max Lohse aus Silberberg, 55 Jahre alt.
- In Kempten i. W. am 9. Oktober der Korrektor Max Martin, 48 Jahre alt - Verheiratet.
- In Wien am 24. Juli der Drucker Julius Melchior aus Neuh., 52 Jahre alt; am 10. Oktober der Drucker Theodor Klein aus Köhl, 41 Jahre alt; am 17. Oktober der Seher Franz Kesp von dort, 58 Jahre alt.
- In Arefocht am 20. Oktober der Seher Karl Fietz, 41 Jahre alt.
- In Mainz am 20. Oktober der Seher Sean Oaab, 79 Jahre alt.
- In Hamburg a. d. S. am 17. Oktober der Korrektor Karl Rehm, 71 Jahre alt - Verheiratet.
- In Mönchengladbach der Buchdruckereibesitzer August Weber.
- In Remscheid am 11. Oktober der Buchdrucker Sean Geiger aus Rosenheim, 54 Jahre alt - Folgen einer Gallensteinoperation.
- In Schoppheim am 26. September der Seher Emil Kallenbach, 34 Jahre alt.

Briefkasten

B. O. in L.: Die neuen Vorgänge im reaktionären Lager wie die Enthaltungen im rüchigen Landtage haben Ihnen wohl schon gezeigt, daß wir für solche Dinge eine ganz gute Miltierung haben; sie müssen beim richtigen Namen genannt werden. - B. Z. in S.: Wir wollen das Beste erhalten. Freundl. Dank! - Th. Sch. in M.: I. In Nr. 122 haben wir in einer Note unter „Zielhaken“ abermals erklärt, daß Artikel von uns unbekanntem Gutachten der „Molektion ohne weiteres verfallen, wenn ihnen kein Zutreffen über die Verbandsmitgliedschaft des Verfassers beigelegt ist. 2. Was Sie sagen wollen, ist besser schon öfters im „Mort.“ dargelegt worden. Für schlechte Wiederholungen haben wir keinen Raum, weil soviel in beständigem Verfahren gelesen werden. - Th. B. in T.: Die gewöhnlichen Absichten der Freien Galerienvereinigungen finden Sie in unserer vorigen Nummer. Ihre übrigen Fragen beantwortet die zweite Rundschau im Nr. 128. - Th. B. in W.: Bern, Hirschengraben 9. „Jezt alle Hoffnung drauf!“ - B. St. in W.: B. D.: Dem Ich abtollt nichts im Wege. - Drehschneidhaff: 9 Mh. - Th. B. in W.: 8. - Fr. S. in S.: 63 Mh.

□ □ □ □ **Verbandsnachrichten** □ □ □ □
Verbandsbureau: Berlin SW 27, Chamissoplatz 5 II.
Fernsprecher: Amt Südfuß, Nr. 1191.

Bezirk Neumünster. Die Seher Edwin Altmann (Hauptbuchnummer 37809) aus Brühl i. W. und Eugen Eichter (113305) aus Paderborn, beide in E. wohnend, haben in Mönchengladbach, wo sie auch forbert, die „Reife“ (Nr. 97) des Malierers E. Schmitt, Neumünster, 29. Oktober Nr. 97, eingeleitet, da jezt Ausg. beauftragt war.

Zur Aufnahme gemeldet

(Einwendungen innerhalb 14 Tagen an die beigefügte Adresse):
 Im Gau Leipzig die Eheg. 1. Oskar Glata, geb. in Leipzig 1893, ausgl. dal. 1912; 2. Erich Alunher, geb. in Görzig bei Großenhain 1902, ausgl. in Ellerwerda 1920; 3. Willi Ohmichen, geb. in Leipzig 1901, ausgl. in Dahlen 1919; 4. Otto Wachs-muhl, geb. in Droschmühl (Bezirk Wittenberg) 1900, ausgl. in Comnitz a. d. Elbe 1919; 5. Erich Wunderlich, geb. in Bad Gütler 1900, ausgl. dal. 1918; 6. Paul Wunich, geb. in Königs-brick 1. S. 1901, ausgl. in Brandis 1919; 7. der Brauer Otto Schwarzburger, geb. in Leipzig-Schönefeld 1861, ausgl. in Leip-zig 1879; waren noch nicht Mitglieder; 8. der Maschinenfejer Wil-liam Rothe, geb. in Leipzig-Anger-Tr. 1888; ausgl. in Leipzig

1907; die Eheg. 9. Heinrich Dohde, geb. in Stuttgart 1897, ausgl. dal. 1915; 10. Rudolf Haas, geb. in Wahren b. Leipzig 1897, ausgl. in Leipzig 1916; 11. Paul Heinze, geb. in Pöggau 1898, ausgl. in Leipzig 1917; 12. Frh Neumann, geb. in Königsberg (Neumark) 1900, ausgl. dal. 1918; 13. Alfred Schwarzje, geb. in Dresden 1896, ausgl. dal. 1914; die Drucker 14. Georg Böhm-e, geb. in Leipzig-Tollz 1896, ausgl. in Leipzig 1914; 15. Oswald Schneider, geb. in Leipzig-Schönefeld 1879, ausgl. in Leip-zig 1897; waren schon Mitglieder. — 2. Hessebarth in Leipzig, Brüder-straße 9 1.
 Im Gau Mecklenburg-Vöbeck die Eheg. Hans Bohm, geb. in Rostock 1902, ausgl. dal. 1920; war schon Mitglied. — 2. Bahndte in Schwerin 1. M., Rostocker Straße 19.

Berufungskalender

Opera. Maschinenmeisterverammlung Mittwoch, den 9. N- vember, abends 7 1/2 Uhr, in der „Grünen Aue“, Czyl. - straße.
 Plauen i. B. Bezirksversammlung für die Orte Auerb- ellfeld, Gallenfeld, Rodewich, Greiz, Mühlhau, Treu- tengenfeld, Paula, Reichenbach, Mplau, Reichenhau, Gi- berg und Plauen Mittwoch (Dulttag), den 16. Novemb- er, nachmittags 2 Uhr, im Gasthof „Goldene Söhle“ in Plau- en, grun bei Treuen.
 Weimar. Verammlung von Donnerstag, den 10. November, abend- 7 1/2 Uhr, im „Volksbau“ (kleiner Saal).
 (Merzu eine Beilage.)

Werkstätige!



Einsichtige!

Steigert die Zinskraft eurer Ersparnisse! Erwerbt

Teilschuldverschreibungen

der Großeinkaufs-Gesellschaft Deutscher Consumvereine m. b. H., Hamburg
 in Stücken zu 500, 1000, 5000 oder 10 000 Mark.

Verzinsung 5 1/2 Prozent im Jahr.

Bedruckte Bedingungen sind in allen Konsumvereinen zu haben oder abzufordern bei der Großeinkaufs-Gesellschaft Deutscher Consumvereine m. b. H., Hamburg, Besenbinderhof 52

Buchdrucker Leipzigs!

Nach Beschluß der Leipziger Gewerkschaften finden am Mittwoch, 9. November, nachmittags 2 Uhr, Versammlungen mit anschließender Demonstration statt. Wir ersuchen unsere Mitglieder, dafür Sorge zu tragen, daß die Beschlüsse sich geschlossen zur angegebenen Zeit in den Versammlungsorten einfinden.
 Der Gauvorstand.

Teilzahlung

Unter Warde zu soliden Preisen

Katalog
 mit 1000 Abb. kostenfrei

Uhren, Zimmeruhren, Gold-, Silber-, Lederwaren, Koffer, Rucksäcke, Leiterwagen, Musikinstrumente und Sprachapparate, Kameras, Reisesaaten, Schirme, Haarwuschmittel, Kämmen, Parfüms, Rasierartikel und Pfeifen

Praktische Geschenke

Jonass & Co. Berlin B 407
 Belle Alliance-Strasse 7-10

Brieflichen Kalkulationsunterricht

erteilt nach dem Deutschen Buchdruckpreislarf. Drucksachekalkulationen werden diskret ausgeführt. [411]
 Kalkulationsbureau Valentin Bogasff, Freiburg i. Br., Schwarzwaldftr. 91.

Rotationsmaschinenmeister

für 16seitige Frankenthaler möglichst sofort gesucht. Derselbe muß selbständig arbeiten können, die Maschine durchaus beherrschen, ebenso Stereotypie, und für pünktliches Herausbringen der Setzungen garantieren. Nur arbeitsfreudige Herren, denen an dauernder Stellung gelegen ist und bei entsprechender Stellung auch gut bezahlt werden, wollen ihre genauen Offerten einfinden an [472]
 Buchdruckerei Otto Grth, Düsseldorf, Dlftraße 13.

Zur Verwaltung des Lagers und für die Überwachung der Expedition suchen wir einen [482]

Schweizerdegen

oder intelligenten Setzer mit Kenntnissen der Druckmaschinen und Metallen und erbitten schriftliches Angebot mit Gehaltsansprüchen.
 Müller & Kuster, Leipzig.

SPD. Junger vorwärtsstrebender Parteigenosse (21 Jahre alt) sucht in Großbetrieb einer SPD-Zeitung zwecks Weiterbildung zum [497]

M e t s e u r

dauernde Stellung. Vorkenntnisse vorhanden, da schon längere Zeit als solcher tätig. Gest. Angebote unter Nr. 497 an die Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

Korrektor

gelehrter Setzer, der auch im Saße mit- hilft, ferner ein [495]

Schriftfejer

zum sofortigen Eintritt gesucht. „Zehlinger Vole“, Gräfenhal 1. Ed.

Stötter, korrekter

Linotypesejer

guter Maschinennemer, für sofort ge- sucht. [483]

T. C. F. Pichenhahn & Sohn, Chemnitz.

Alkzidenzsejer

erste Kraft, mit hervorragendem Ge- schmack, zeichnerisch gut veranlagt und gleich tüchtig im Sab, sofort ge such t.
 Bewerbungen mit Gehaltsanprüchen, Zeug- nissen und Gehaltsanprüchen an [448]
 C. Heinrich, Dresden-N. 4.

Durchaus selbständiger erster **Alkzidenzsejer** der auch im Katalog und Tabellenfabrik Erfahrung haben muß, in mittlere Alkzidenzdruckerei Süddeutschl. in dauernde Stellung gesucht.
 Angebote unter Nr. 423 an die Ge- schäftsstelle d. Bl. erbeten.

Mehrere **Typographsejer** für B-Maschine in selbständige, dauernde Stellung gesucht. [407]
 Wilhelm Preusche & So., G. m. b. H., Oelsenkirchen.

Typographsejer (für neue U-Maschine) mit mehrjähriger Praxis in dauernde Stellung sofort ge such t. [501]
 Chr. Jessen Sohn, Meißel (Nordh.).

Für unsere Maschinenerei, Abteilung Setzungen, suchen wir einen ge- wandten [227]

Monolinesejer dem Gelegentlich gebeten wird, sich auf der Linotype auszubilden.
 Verlagsanstalt „Gutenberg“, Koblenz, Schloßstraße 8.

Buchdruckmaschinenmeister perlecher Illustrations- und Farben- drucker, gesucht. [426]
 • Kunstanstalt Serz & So., Rürnberg, Bucherstraße 76.

Tüchtigen **Maschinenmeister** für Buchdruckerei G. Reichardt, Großsch. (Bez. Leipzig). [471]

Schriftfejer für Müllermannsche Kompletzdruckmaschine gesucht. [494]
 Anton Deutsche Verlagsgesellschaft, Stuttgart.

Stereotypneur

Stelle befeh!, Bewerbern besten Dank. [490] „Volkswille“, Münster i. W.

Graphische Fachklassen Entwurf und Werkstatt-Ausbildung. Besuchende durch die Dienstgewerkschule Barmen.

Stellen befeh!

Den Bewerbern besten Dank. (500)
 Spamersche Buchdruckerei, Leipzig.

Nach Leipzig

Junger Schriftfejer, 19 1/2 Jahre alt, in ungehinderter Stellung, sucht sich zu verändern. [498]
 Angebote erbittet
 Kurt Heinz, Chemnitz, Schloßstr. 11.

oder Halberstadt

Nach Chemnitz!
Maschinenmeister

26 Jahre, selbständig im Maschinen- und Katalogdruck, speziell im besseren Anst- loppdruck, wünscht sich zu verändern.
 Gest. Offerten unter Nr. 488 an die Ge- schäftsstelle dieses Blattes erbeten.

Hannover!
 Junger, lediger Setzer, in allen Setz- arten bewandert, in ungehinderter Stel- lung, sucht sich zu verändern.
 Angebote unter Nr. 466 an die Ge- schäftsstelle d. Bl. erbeten.

Erstklassiger **Ziegeldrucker** firm in allen vorkommenden Arbeiten, wünscht sich in Leipzig zu verändern.
 Angebote unter Nr. 476 an die Ge- schäftsstelle d. Bl. erbeten.

Junger **Schweizerdegen** (hauptsächlich Drucker), mit allen vor- kommenden Arbeiten vertraut, sucht sich in dauernde, angenehme Stellung zu verändern. Leipzig bevorzugt!
 Gest. Angebote erbeten an [449]
 Fr. Band, Jena, Kronenfeldstraße 12 III.

Maschinenband Erlebnisqualität, Heeren [13]
 Beyner & Moss,
 Düsseldorf, Graf-Adolf-Str. 112.

Für Streifen **Buchdrucker** der mit dem Zeitungsweesen vertraut ist, bietet sich gute Erfindung und sichere Geld- quelle durch Übernahme des Verbands- geschäfts einer gelehrt geschulten Si- garenmaschinenfabrik. Der Verband ist nach Aufgabe von Zeitungsinteressen vorzu- nehmen. Einfache und bequeme Arbeit von Schreibtisch aus. Kleines Betriebs- kapital erforderlich. [444]
 Th. Jungmann, Verlag, Eisenach, Lössenstraße.

Der „Neue Brodhaus“

erscheint in 4 Halbjahrsbänden als **Handbuch des Wissens**
 Band I ist erschienen und ist der er- mäßigte Subskriptionspreis bis zum Erscheinen des II. Bandes
 am 15. Febr. 1922 140 Mk. pro Bd.,
 später 160 Mk. pro Band
 Band I für 140 Mk. wird geliefert:
 geg. monatl. Abzahl. v. 14 Mk.
 Jeder weitere Band ebenfo.
 C. S. Otto & So., Berlin-N. Lichterfelde.

Reparaturen, Montagen werden gut und billig ausgeführt von [41]
 Ludwig Marcken,
 Düsseldorf, Jordanstraße 7.

Berliner Korrekturenverein
 Sonntag, den 13. November, abend- 7 Uhr, im „Graphischen Vereinsbau“, Alexanderstraße 44:

Bereinsversammlung
 Tagesordnung: 1. Neuaufnahmen. 2. Vortrag des Herrn Albert North: „Die moderne Arbeiterbewegung“. 3. Be- stimmtheilungen. 4. Verschiedenes. 1491 Zahlreiches und pünktliches Erscheinen erwartet.
 Der Vorstand.

Der Krieg Ein photographisch-gehaltenes grauf. Bild aus dem ver- gessenen Krieg — ohne Verletzung des nationalen Gefühls — gegen Krieg u. Militarismus sprechend, in zwei Sprachen. (Preis 1 u. 2 Mk., ohne Porto.) Geeignet zum Massenvertrieb. Wiederverh. hob. Rabatt. Zu bez. durch Fr. Saal, Stuttgart-Marktsvorstadt, 493j Burgallstraße 20.

Leipzig! Der Vergrang Aus- schießen der Druck- formen findet am 9. No- vember, [492]

Der Bildungsausschuß.
Segregale und Kästen sowie Formregale, Segregale, Maß- schalen, Holz- und Garbentische, Maß- bretter usw. liefern in bester Ausführung ab Lager [42]
 Beyner & Moss, Düsseldorf, Graf-Adolf-Str. 112.

Am 2. November verschied nach längerem Leiden unser lieber Kollege, der Korrekter [492]

Wilhelm Arndt
 im 66. Lebensjahre.
 Ein ehrendes Andenken wird ihm bewahren
 Der Berliner Korrekturenverein.

Am 24. Oktober verstarb nach kurzer Krankheit unser Mitglied, der Obermaschinenmeister 1487

Artur Brinke
 im Alter von 33 Jahren.
 Ein ehrendes Andenken be- wahr ihm
 Verein Berliner Buchdruckmaschinenmeister.

Wenige Monate vor Vollen- dung seiner 50jährigen Ver- bandsmitgliedschaft verstarb plötz- lich unser werter Kollege und Mitarbeiter, der Setzer [489]

Friedrich Leuchert
 im 72. Lebensjahre.
 Ein ehrendes Andenken be- wahr ihm
 Das Personal der Druckerei „Der Kamerad“, Dresden.

Am 27. Oktober verstarb im Johanniterkrankenhaus in Bonn nach 16 monatlichem Krankenlager unser lieber Kollege, der Setzer

Sermann Kaffhöfer
 im Alter von 31 Jahren an Tuberkulose.
 Sein Andenken wird in Ehren halten
 Der Bezirksverein Bonn.

Am Sonntag, dem 30. Oktober, verschied unerwartet infolge Gehirn- schlags unser lieber Kollege, der Seherinwalde [499]

Franz Uberger
 im 67. Lebensjahre.
 Ein ehrendes Andenken bewahren ihm
 Die Kollegen der Firma Gebr. Renner, Berlin W, Köpckestraße 95.

Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Einzelnummern 20 Pfennig das Exemplar. Der Betrag ist bei Bestellung gleich mitzuführen.

Beilage zu Nr. 130 — Leipzig, den 8. November 1921

Redaktionschluss: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend früh zur jeweilig nächsten Nummer.

Faktoren, Obermaschinenmeister usw., gebt acht!

Beschämend für alle Faktoren ist auf jeden Fall, daß es zur Festlegung der Faktorengehälter erst langwieriger Verhandlungen bedarf. Genügt denn der Abschluß III (Mindestgehälter) des Faktorenarbeits nicht, der da lautet: „Die Mindestgehälter werden bestimmt durch prozentuale Zuschläge auf das Handelsterminum der verkehrten Gehältern in Klasse C des Deutschen Buchdruckerarbeits an dem betreffenden Ort usw.“? Sowie Zutrauen habe ich zur Kollegenchaft, daß sie diesen Gehältern mindestens mit 13 multiplizieren, diese Summe um die angegebenen Prozentsätze erhöhen und das Produkt durch 3 dividieren kann, um zu dem Ergebnisse zu kommen, das ein hochwohlwollender Hauptauschub sehr nach reichlich vier Wochen schon festgelegt hat. (Siehe Veröffentlichung vom 24. Oktober 1921 in der „Schriftschiff“ vom 25. Oktober 1921.)

Noch beschämender aber ist es, daß man annimmt, jeder Faktor wird sich mit diesen vom Hauptauschub veröffentlichten Zahlen schon abfinden, indem man frank und frei erklärt: „Vom 15. November 1921 erhöhen sich die Gehälter in allen Gruppen und in allen Orten um 110 Mark monatlich.“ Daß es sich aber bei den Gehältern um keine Steuerungszulage, sondern um 25 Mk. Lohn vom 15. November 1921 handelt, das steht zu lesen auf Seite 3 der „Abänderungen des Deutschen Buchdruckerarbeits“ (herausgegeben vom Tarifamt mit Billigkeit vom 1. Oktober 1921). Also: Nach demselben Modus gerechnet und nach meiner Auffassung ergibt sich aber — um ein Beispiel herauszugreifen: für Berlin in Gruppe B mit 37%, Proz. — bei einer Steigerung des Gehälternlohns um 25 Mk. auf 410 Mk. wöchentlich eine Summe von 2445 Mk., was eine Erhöhung von 150 Mk. ausmacht. Wo bleiben da die unterschiedlichen 40 Mk. aus meiner Auffassung und aus der des Hauptauschubes? Glaubt man damit den Prinzipalen oder den Faktoren einen besonderen Dienst erwiesen zu haben, wenn man 40 Mk. weniger rechnet?

Am beschämendsten aber ist es, wenn man erst vier Wochen gebraucht, um zu diesem Resultat zu gelangen, was doch jeder einzelne in fünf Minuten fertig bringt, und sich dann vor aller Welt und von aller Welt sagen läßt, daß das alles längst durch die Gewerkschaft überholt ist. Seit Montag, 24. Oktober 1921, wissen die Berliner Gehältern, daß ihr Minimum in dieser Woche um 33 Mk. erhöht ist (was wohl auch den Mitgliedern des Hauptauschubes der Vertragsgemeinschaft schon bekannt war) und daß der Termin 15. November 1921 hinfällig wird, aber mit dem 24. Oktober 1921 muß erst noch zur Durchführung veröffentlicht werden: „Die Faktorengehälter erhöhen sich vom 15. November 1921 um 110 Mk. monatlich.“ Die Erhöhung des Wochenlohns um 33 Mk. macht aber — um bei meinem Beispiel zu bleiben — bei einem Faktor der Gruppe B in Berlin die Kleinigkeit von 200 Mk. monatlich aus! Wo bleiben da die unterschiedlichen 90 Mk.? U. U. w. a.!

Die Tarifierung der Faktoren ist doch wohl erfolgt nicht um Abstriche am Gehalt zu machen, sondern um die Höhe derselben zu achten. Wenn es dem einen Kontrahenten der Vertragsgemeinschaft — dem Deutschen Faktorenbund — nicht gelingt, dem andern Kontrahenten diese selbstverständliche Meinung aufzuzwingen und den Tarif auch voll und ganz zur Durchführung zu bringen — ohne erst vier Wochen daran zu knabern —, so ist eben der Beweis erbracht, daß es nicht mehr heißen kann: Vertragsgemeinschaft, sondern: Tarifgemeinschaft; und Träger von Faktorengemeinschaft muß sein: Der Verband der Deutschen Buchdrucker!

Faktoren und Obermaschinenmeister, die ihr dem Verband aber nicht dem Faktorenbund angehört, laßt diesen Gedanken zur Tat werden und schließt euch den Freien Faktorengemeinschaften an!

Berlin. Otto Große.

Zu dem Stereotypenartikel in Nr. 124

Herr A. Siedler geht von ganz falschen Voraussetzungen aus. Das Rundschreiben der „Plattengießer in der Sektion der Stereotypenrespondenzen“ an ihre Rundschreiber ist eine reine Privatangelegenheit der Firmen, welche sich, wie wir aus einem Brief eines Geschäftsfreundes erfahren, mit dem „Zentralbüro für die deutsche Presse“ in Berlin zur Wahrung ihrer Interessen zusammengeschlossen haben. Wir stehen dem Rundschreiben völlig fern und erfahren von ihm erst durch den betreffenden Aufsatz im „Kor.“. Wir müssen es sogar — und das sagen wir ganz offen — von unserem Standpunkt aus insoweit mißbilligen, als es sich mit einer Konkurrenzfirma befaßt, mit der wir seit Jahrzehnten in freundschaftlichen Beziehungen stehen. Wir sind der Überzeugung, daß ein guter Stereotypenapparat kaum schwer genug gebaut sein kann, weil wir uns sagen, daß die auf einem schwachen Apparat, der auf die Dauer gewiß der Einwirkung der

Sitze kaum genügend widerstehen kann, gegossenen Platten so viel Zurückung erfordern und so viel Schwierigkeiten machen, daß der Buchdruckerbessere die Lust am Stereotypieren gar zu bald verliert. Wir erinnern uns genau der Abwehrstellung der Stereotypenpresse gegen eine neuerdings wieder viel propagierte berartige „Gießhilfe“, die ja auch nichts anderes ist als eine Anerkennung unfres Standpunktes.

Wir glauben nun aus der Fühlungnahme der erwähnten „Stereotypenrespondenzen“ zu uns entnehmen zu können, daß auch diese, die lange Zeit dem Kempe-Werke fern blieben, wohl weiß es ihnen zu leuteerschten, sich schließlich auf Grund ihrer Erfahrungen zu der gleichen Ansicht bekennen mußten, die wir oben vertreteten. Als Großabnehmer trafen dieselben dann uns gegenüber als Wiederverkäufer auf und hatten den Anspruch auf den Rabatt, den der Zwischenhandel ganz allgemein — auch nach dem Verbandsbeschlusse der für uns maßgebenden Vereinigung deutscher Druckmaschinenfabriken — genießt, da er die ganze Arbeit der Propaganda, des Vertriebs, des Inkassos usw. auf sich nimmt. Das ist eine durchaus einwandfreie Geschäftspraxis.

Aber diese geschäftlichen Fragen sind für uns — abgesehen von der Heranziehung der Wettbewerbsfirma, die wir bedauern — Nebenache. Uns liegt viel mehr am Herzen die tatsächliche Verkennung der realen Tatsachen, die aus Herrn Siedlers Ausführungen hervorgeht. Herr Anton Lewin, einer der Unterzeichner des angegriffenen Rundschreibens, kam vor etwa 17 Jahren zu unserm verstorbenen Senior Karl Kempe und damit auch zum Schreiber dieser Zeilen und besprach mit ihnen die geplante Neueinrichtung der Plattenkorrespondenzen für die kleinen Provinzzeitungen. Er brauchte dazu die Stereotypie. Seit jener Zeit hat das Kempe-Werk keine Gelegenheit verpasst, gerade dieses Gebiet mit allen Mitteln auszubauen. Wenn nun im Deutschen Reich heute viele Hunderte ganz kleiner Betriebe sich als überzeugte Anhänger der Stereotypie bekennen, so ist das gewiß zum großen Teil auf die sorgfältige Tätigkeit des Kempe-Werkes zurückzuführen. Sowie können wir heute mit unbedingter Sicherheit sagen, daß 75 Proz. jener Betriebe, welche die Plattenkorrespondenzen verwenden, die Kriegszeit nicht überstanden hätten, wenn sie die Stereotypie nicht gehabt hätten. Heute, wo der kleine Drucker in der Provinz sich keinen Redakteur halten und keine Sehnmaschine aufstellen kann, existiert er überhaupt nur mit Hilfe der Stereotypie und der Plattenkorrespondenzen. Er konnte vielleicht noch vor einiger Zeit die in Berlin oder sonstwo gegossenen Platten beziehen, aber heute: die Frachten kann er nicht mehr zahlen und nicht mehr das Blei.

Welcher Ausweg bleibt ihm also: selber zu gießen, also die Matrern mit der Post zu beziehen. Zu diesem Plattengieße braucht er aber keinen zünftigen Stereotypen. Er könnte ihn nicht bezahlen, das ist auch keine Stereotypenarbeit, und was nun das Wichtigste bei der ganzen Sache ist, er wird nach und nach zum wirklichen, überzeugten Anhänger der zünftigen Stereotypie. Er lernt ihre Vorteile kennen und bedient sich ihrer auch für seine andern Arbeiten. Dann giebt er nicht mehr selber oder seine Frau (wir haben das wiederholt erlebt) oder sein Kind oder der Hebräus, sondern er holt sich einen sachverständigen Stereotypen.

Diese Drucker in der Provinz sind keine drohende Gefahr, wie sie Herr Siedler beschrieb, es sind schwer um ihre Existenz ringende Geschäftsleute, die sich meist wirklich schweren Sargens an die ihnen ganz neue Arbeit des Plattengießens machen, welche wir sicher kaum als vollwertiges Stereotypieren bezeichnen können. Es arbeiten nach unsrer Schätzung auf diese Weise in Deutschland heute wohl ein halbes Tausend Setzungsdruckerien. Wenn wir uns derselben annehmen und ihnen durch Belehrung in Druckschriften und Briefen Rat und Hilfe bieten, so werden wir uns, dessen sind wir sicher, die Sympathie der Stereotypenpresse dadurch gewiß nicht verlieren. Wir sind stolz auf jeden neuen Anhänger der Stereotypie, selbst auf den unglücklichen Plattengießer, und die Stereotypenpresse selbst dürfen nichts dagegen einzuwenden haben, daß auf diese Weise neuer Nährboden für ihre wirkliche Kunst geschaffen wird.

Nürnberg. Namens des Kempe-Werks: Hermann Kempe.

□ □ □ □ Korrespondenzen □ □ □ □

Bezirk Amberg. Die Herbsttagung unfres Bezirksvereins fand am 23. Oktober in Amberg statt. Nach Erledigung einiger Tagesordnungspunkte erhielt Kollege Schindler (Regensburg) das Wort, um sich mit organisatorischen, tariflichen und wirtschaftlichen Zeitfragen zu befassen. Er streifte dabei auch die letzten Verhandlungen des Tarifauschusses und beleuchtete die schwierige Situation, in welcher sich unsere Unterhändler dabei befanden. Die Versammlung kam denn auch einstimmig zu dem Entschlusse, das neue Abkommen anzunehmen, stellte aber die einmütige Forderung, in Anbetracht des unzu-

länglichen Ergebnisses neue Verhandlungen anzubahnen, um die am 15. November fällige Rate von 25 Mk. sofort zur Auszahlung gelangen zu lassen. Welcher Beifall folgte den klaren Ausführungen des Redners. Eine kleine Diskussion schloß sich dem Referat an, aus der hervorzuhellen ist, daß noch einige Firmen sich tarifiren wännen, aber nicht im Tarifverzeichnis aufgeführt sind; dem soll in Kürze abgesehen werden. Eine kleine Druckausstellung erregte das allgemeine Interesse der Kollegen. Von den auswärtigen Druckorten waren Sulzbach und Waldmünchen vertreten. Die nächste Tagung findet im kommenden Frühjahr in Sulzbach (Oberpfalz) statt.

r. Wschaffenburg. Unsere Bezirksversammlung am 16. Oktober in Altingenberg war gut besucht. Es waren Kollegen erschienen aus den Orten Wschaffenburg, Obernburg, Altingenberg, Miltenberg und Amorbach. Bezirksvorsitzender Herr Wein besaß die hauptsächlich u. a. mit der jetzigen Lage im Buchdruckgewerbe und dem letzten Tarifabkommen. Die Versammlung war sich einig darin, daß die letzte Zulage nun schon überholt sei, und man erwarte bestimmt, daß die Novemberzulage bereits am 1. November in erhöhter Weise zur Auszahlung kommt. Auch die Lehrlingsfrage im Bezirk wurde eingehend behandelt. Zur Deckung der Fabrikkosten wurde ein Bezirksbeitrag von 25 Pf. pro Woche festgelegt. Die nächste Bezirksversammlung findet in Wschaffenburg statt. — Nach wirksamer Agitation hat sich in unserm Bezirk die Ortsgruppe Amorbach-Miltenberg konstituiert und es gebührt nunmehr dort sämtliche Kollegen reiflich zum Verbandsvorsitzender der Ortsgruppe ist Kollege Ed. Kettel (Miltenberg), Kassierer Michael Strich (Amorbach). Möge die neue Ortsgruppe stets ein treuer Hüter unserer Organisations in unserm Bezirk sein! Für uns wird die Ortsgruppe eine wesentliche Erleichterung unserer Arbeit im Bezirk bedeuten.

Berlin. Am 19. Oktober hatte der Berliner Gauverband die neuangeworbenen Kollegen zu einer kleinen Feier eingeladen, um die jungen Kollegen offiziell in die Organisation einzuführen. Der früher geübte Brauch war während und nach dem Kriege zurückgestellt worden und soll nunmehr wieder neu aufleben. Eine stattliche Zahl war der Einladung gefolgt; ein Teil der Kollegen fehlte jedoch, weil infolge des etwas verspätet angelegten Tages der Feier dieser Teil der jungen Kollegen sich wohl nicht mehr als „Neuangelegerte“ fühlte. Jedoch die „Verbandskraft“ des Verbandes zeigte sich auch wiederum in diesem Jahre, waren doch die Neuangeworbenen so ziemlich reiflos unserer Organisation beigetreten. Kollege Mustaf begrüßte die Erschienenen im Auftrage des Gauverbandes. Er führte den jungen Kollegen die Geschichte des Verbandes vor Augen, erläuterte in seinem Vortrage die Wichtigkeit, den Zweck und Wert der Organisation sowie die inneren Einrichtungen derselben. Seine Schlussfolgerungen klangen in die Mahnung aus, das durch Jahrzehnte und durch oft schwere Kämpfe erworbene Erbe zu erhalten, weiter auszubauen und durch Pflanzung der Organisation, die ihnen in allen Lebenslagen, in Not und Alter einen Rückhalt bietet, jederzeit die Treue zu bewahren. Kollege Grünig führte den Anwesenden die in ihrem Werk oft vorerkannte, geschmähte und dennoch stets bewährte Tarifgemeinschaft vor Augen. Er schilderte die tarifflose Zeit, die dem Gewerbe schwere Wunden schlug, wobei aber schließlich die bessere Einsicht und Erkenntnis sich durchrang und der Wiedereinführung der Tarifgemeinschaft von neuem die Wege geebnet wurden. Kollege Zuhles gedachte in ernstlichen Worten der Führer und der an exponierten Stellen stehenden Kollegen der Organisation, die ihr bestes Können einsetzt und der Organisation zu ihrer maßvollen Entwicklung verholfen haben. Alle diese Ausführungen wurden mit andachtsvoller Stille aufgenommen und von den jungen Kollegen mit reichem Beifall quittiert. Unsere allzeit rührigen Sängere „Eppographia“ hatten sich auch hier wieder in den Dienst der guten Sache gestellt und trugen ihr Bestes zu dieser Feier bei. Auch unsere jungen Kollegen verstanden es, durch Klavierkonzerte sowie Beiträge mannigfacher Art diese schlichte Feier durch Scherz und Humor zu würzen. Alles schnell verlossen die Stunden gemeinsam mit den älteren Kameraden und die unbekanntesten Buchdruckerkollegenalltag kam auch an diesem Abend wieder zur vollen Geltung.

Diessen a. M. Am 23. Oktober fand in Weiskheim die Herbstversammlung des Bezirks Diessen statt. Anwesend waren von Garmisch-Partenkirchen 6, Landsberg 5, Oberammergau 3, Penzberg 1, Schongau 4, Starnberg 2, Weiskheim 3 und Diessen 15 Kollegen. Bei der Diskussion über das neue Lohnabkommen kam von allen Rednern zum Ausdruck, daß das Erreichte zu wenig sei gegenüber der Erhöhung aller Preise für Lebensmittel und Bedarfsgegenstände. Wegen die neue Beitrags-erhöhung wurde kein Einspruch erhoben, sondern von einem Redner derselbe noch als viel zu niedrig angesehen. Die Berichte aus den einzelnen Druckorten ergaben, daß im Bezirk tarifflos alles in Ordnung ist. Beschlossen wurde noch, wenn es möglich ist, die Frühjahrsbetriebsversammlung in Garmisch abzuhalten. Kurz vor Schluß der Versammlung ging noch folgende Resolution ein und wurde einstimmig angenommen: „Die am 23. Oktober in

Wellhelm tagende Bezirksversammlung des Bezirks Wessien erklärt sich mit dem neuen Lohnabkommen einverstanden, bedauert aber, daß die berechtigten Forderungen der Gehilfen nicht erfüllt worden sind. Besonders verwirft die Kollegenschaft des Bezirks den großen Unterschied zwischen Provinz und Großstadt, der mit dem Lebensverhältnissen nicht vereinbar ist. Mit Befremden nimmt die Versammlung Kenntnis von dem Fernbleiben eines Vertreters des Gauvorstandes, der über die jetzige allgemeine Lage im Gewerbe Bericht erstatten sollte, und fordert, daß in solchen Fällen unter allen Umständen einer der andern drei Kollegen des Gauvorstandes die Vertretung übernimmt.

FG. Eberfeld. Am 20. Oktober beschloß sich eine außerordentliche Versammlung mit den Forderungen der Maschinenlehrer, die diese in einer Versammlung der Gauvereinsung am vorhergehenden Sonntag gestellt hatten und zu deren Durchsetzung sie in den Zustand trafen. Nachdem der Vorsitzende das Vorgehen der Maschinenlehrer verurteilt hatte, da es die Einigkeit störe, legte der Spartenvorstehende die Gründe dar, die sie zu dem Vorgehen veranlaßt hatten. In der Diskussion wurde das spartenweise Vorgehen verurteilt, da es das Ende des Verbandes bedeute. Die Anwesenden erklärten jedoch, daß sie geschlossen hinter den Maschinenlehrern ständen. Es wurde dann noch die Forderung der Maschinenlehrer für die Allgemeinheit verlangt und der Vorstand beauftragt, sofort Verhandlungen mit den Prinzipalen anzubahnen. — In der Versammlung am 23. Oktober wurde das Resultat dieser Verhandlungen bekanntgegeben. Die Prinzipale waren natürlich nicht sehr freigebig, es kam aber eine Vereinbarung zustande, nach der den Maschinenlehrern die am 15. November fälligen 25 Mk. schon ab 21. Oktober gezahlt werden. Für die übrigen Buchdruckergehilfen sollen diese 25 Mk. ab 28. Oktober zur Auszahlung kommen. Das bisherige Arbeitsverhältnis bleibt bestehen. Der Betrag gilt als Anzahlung auf die vom Kreisamt bzw. Tarifamt bis zum 15. November etwa bewilligten Beträge. Die Versammlung stimmte dieser Abmachung zu, die für die Bezirke Barmen und Eberfeld gelten.

Als (Schle). Sein 50jähriges Berufsjubiläum in der hiesigen A. Ludwigschen Buchdruckerei konnte am 30. Oktober unser Kollege Julius Weidner begehen.

Torgau. Am 2. Oktober hatte unser Ortsverein nebst den Beurlaubten Gelegenheit, die hiesige Briefumschlag- und Papierausstattungsfabrik von F. S. Schmidt zu besichtigen. Die Führung durch die beiden Fabrikgebäude hatte in freundlicher Weise der Mittinhaber Herr Böhm übernommen. Er verließ es gut, den Besuchern die Entstehung des fertigen Briefumschlags zu erklären. Eine Anzahl Maschinen wurde auch in Gang gesetzt, um so noch das Verständnis zu erhöhen. Lebhaftes Interesse erweckten die großen Offsetmaschinen, deren eine in Betrieb gezeigt wurde. Auch in der Abteilung Buchdruckerei waren laudable Arbeiten ausgestellt. Nachdem noch das sehr umfangreiche Lager und einige Wohlfahrtsleistungen für die Belegschaft in Augenblicken genommen worden waren, hatte der Vorsitzende im Namen des Ortsvereins seinen Dank ab. Nach zweieinhalbstündiger Besichtigung verließen die Ercheinenden vollauf befriedigt die Fabrikräume. Der Firma sei auch an dieser Stelle für ihr Entgegenkommen gedankt.

Trier. In der Versammlung am 8. Oktober wurde der Antrag der Kreisversammlung in Köln auf sofortige Anbahnung neuer Verhandlungen des Tarifauschusses zwecks Erhöhung des Minimumlohns unterstügt. Der Vorstand wurde beauftragt, schriftlich mit den Prinzipalen eine Verhandlung zu suchen, in welcher die zweite Rate zum 15. Oktober schon mit auszu zahlen verlangt werden soll. Ferner wurde gefordert, den Beschluß des Kreisamts, der den Prinzipalen die Berechtigung gibt, bei einer eventuellen Lohnerhöhung vor dem 31. Dezember den Betrag zwischen der alten und neuen Sonderzulage in Anrechnung bringen zu können, für Trier nicht zur Anwendung kommen zu lassen, da die Prinzipale selbst bei letzter schriftlicher Verhandlung zugegeben haben, daß die Steuererhöhung auf Grund des schlechenden Frankens in Trier ganz außergerichtlich sei.

□ □ □ □ Rundschau □ □ □ □

Jur Bekanntmachung des Tarifamts. Die Aussprache in Leipzig zwischen beiderseitigen Vertretern am 17. Oktober hatte bekanntlich keinerlei Ergebnis. Die Prinzipalität bestritt ein Fortschreiten der Steuerung in größerem und schnellerem Maße, wollte von einer Früherzahlung der zweiten Rate nichts wissen und neue Verhandlungen erst im Dezember führen, da das Lohnabkommen bis zum 31. Dezember laufe. Außerdem wurden die wilden Bewegungen kräftig ausgepielt gegen die Verbandsvertretung; was auch zentral beschlossen wurde, würde ja doch an vielen Orten nicht respektiert werden. Die Gauvorstandskongress nahm am 24. und 25. Oktober zu dieser kritischen Situation Stellung. Es wurde auf schnellstem Wege Früherlegung der zweiten Rate und Tarifauschussung von Novembermittle an verlangt. Schriftliche Abstimmung im Tarifauschuss darüber ergab Ablehnung. Der Vorstand des Deutschen Buchdruckervereins trat am 31. Oktober zu einer erweiterten Sitzung in Leipzig zusammen. Resultat: ab 1. November Zahlung der zweiten Rate, neue Verhandlungen aber erst im Dezember. Die

Verbandsleitung erhob dagegen sogleich entsetzten Protest. Aus der Tarifamtsitzung vom 4. November ergibt sich nunmehr, daß der Tarifauschuss auf der Basis der Bekanntmachung an der Spitze dieser Nummer den genügend von Gehilfen Seite betonten Notwendigkeiten Rechnung trägt. Es erfolgt demgemäß Nachzahlung der 25 Mk. für die vergangene Woche. Der Verlauf der Dinge hat sich also abgeklärt, wie wir es am 1. November in dem Artikel (I) „Nach rechts und links“ durchblicken ließen: Verhinderung, zum mindesten aber Verzögerungsschritt mit dem Effekt, doch den falschen Prinzipalsstandpunkt aufgeben zu müssen.

Tarifamt der Deutschen Buchdrucker. Von der Geschäftsstelle, Berlin SW 48, Friedrichstraße 239, können bei portofreier Zustellung bezogen werden: Deutscher Buchdruckerzeitung (2 Mk.); Liste der Lohnaufschläge zum § 9 des Tarifs (75 Pf.); Geschäftsbericht des Tarifamts für 1920 (2 Mk.); Statistik aus den Jahren 1917 (50 Pf.), 1918 (1,25 Mk.); Lehrpläne für das deutsche Buchdruckerhandwerk (1 Mk.); Gesammelte Entscheidungen des Tarifamts, Heft 5 (2,50 Mk.). Man bestelle sich mit seiner Bestellung, da möglicherweise das eine oder das andre bald vergriffen sein wird.

Anglistische Fall. In Karlsruhe wurde der 56jährige Buchdrucker Theodor Giller aus Elbing von einem Straßenbahnwagen angefahren und zu Boden geworfen. Hierbei wurden ihm die Finger der rechten Hand abgedrückt und schwere Kopfverletzungen beigebracht, die seine Überführung ins Krankenhaus nötig machten, wo er den Folgen des Unfalls erlag.

Tagung der deutschen Zeitungsverleger in Köln a. Rh. Der Verein Deutscher Zeitungsverleger hielt am 23. Oktober in etwas anderer Art eine Hauptversammlung im besetzten Gebiet ab, um das Band der Zusammengehörigkeit mit dem unbesetzten Gebiete noch enger zu knüpfen, was auch sehr gut gelungen ist. Zu gleicher Zeit tagte auch der Verein rheinischer Zeitungsverleger. Die Verhandlungen standen unter dem Eindruck unserer derzeitigen gespannten politischen und so überaus ernsten wirtschaftlichen Lage, die gerade für die Presse die schwersten Auswirkungen befürchten lasse. Die schweren Leiden des besetzten Gebietes kamen in erschütternder Weise zum Ausdruck: „Staat und Allgemeinheit würden es zu entscheiden haben, ob sie es zulassen können, daß das deutsche Zeitungswesen in seiner Wirtschaftlichkeit geknickt und dadurch unfähig gemacht wird, seine kulturellen Aufgaben zu erfüllen und seiner Pflicht der schnellen und erschöpfenden Unterrichtung der Öffentlichkeit zu genügen.“ In Anerkennung seiner großen Führereigenschaften wurde der erste Vorsitzende des Vereins, Dr. Faber in Magdeburg, der aus Gesundheitsrücksichten von der aktiven Leitung zurücktrat, zum Ehrenpräsidenten ernannt, um seine dauernde Mitwirkung dem Vereine zu erhalten. Das Amt als erster Vorsitzender fiel Kommerzialrat Dr. Krumbhaar, Verleger des „Rheinischer Tageblattes“, übernommen, der schon längere Jahre Mitglied des Vorstandes ist.

Ein Buchdrucker als Betrüger. Der Buchdrucker Otto Stolze ist einer, der es nicht lassen konnte. Bis zum 30. September war er im „Quedlinburger Kreisblatt“ als Buchhalter und Faktor beschäftigt und verschwand plötzlich nach Unterschlagung von etwa 3000 Mk., nicht ohne noch viele andere Betrügereien zu verüben. Waren ihm diese Straftaten nicht gleich angekreidet worden, so sollte ihn doch in Eisenach das Schicksal ereilen. Er holte dort wiederum eine Anzahl von Personen um erhebliche Beträge betrogen, so daß er schließlich verhaftet und in das Gefängnis in Eisenach eingeliefert wurde.

Die Steigerung der Lebenshaltungskosten im Oktober 1921. Nach Dr. Kuczynski hat die ungeheure Steigerung der ausländischen Weizen, die den Erzeugern und Händlern Gründe (bei Margarine usw.) und Vorwände (bei Kartoffeln usw.) zu gewaltigen Preissteigerungen bot, die Kosten der Lebenshaltung im Oktober 1921 auf eine bisher noch nie erreichte Höhe emporzuschwellen lassen. Nach den bekannten Berechnungen Dr. Kuczynskis für Groß-Berlin waren Milch und Butter um 16 Proz. teurer als im September 1921, Schmalz um 22 Proz., Margarine um 24 Proz., Kartoffeln um 29 Proz. Teurer als im Oktober 1920 waren vor allem Brot, Nährmittel, Seigwaren, Kartoffeln, Gemüse, Zucker, Milch, Kartoffeln z. B. kosteten im Oktober 1921 durchschnittlich 1,65 Mk. das Kilogramm, gegenüber 80 Pf. im Oktober 1920, Käse 1,85 Mk. gegenüber einem Schlechthandelspreise von 5,50 Mk. und einem Höchstpreise von 2,80 Mk. Noch ungeheurer erscheinen natürlich die Preissteigerungen gegenüber der Vorjahreszeit. Brot kostete 15mal soviel wie vor acht Jahren, Brotkittels 17mal soviel, Milch 19mal soviel, Margarine 20mal soviel, Reis 22mal soviel, Kartoffeln 33mal soviel. Für die rationierten Nahrungsmittel ergab sich von Oktober 1913 bis Oktober 1921 im ganzen eine Verteuerung auf das Fünffache. — Ein sprunghaftes Steigen der Kosten der Lebenshaltung stellt auch das Statistikamt der Stadt Leipzig für den Oktober 1921 fest. Die auf der Grundlage der reichsamlichen Statistik ermittelte Indexziffer für den Mindestaufwand einer Familie mit zwei Erwachsenen und drei Kindern für Nahrung, Wohnung, Heizung und Bekleidung (also ohne jeden Anlaß für Genussmittel, Körperpflege, Kleidung, Ersatz an Wirtschaftsgegenständen, Verkehr, Kultur- und Unterhaltungszwecke, Steuern usw.) erhöhte sich für Leipzig von 1003 (Vierwöchensziffer) im September d. J. auf 1103 im Oktober. Auch in Leipzig hat die ungeheure Steigerung der Preise für Nährmittel, Kartoffeln, Fleisch, Fett, Eier usw. zu dieser Verteuerung

der Lebenshaltung in erster Linie beigetragen. Das Statistikamt der Stadt Leipzig berechnet außerdem den Mindestbedarf für alle außerhalb vorstehender Indexziffer erforderlichen Ausgaben für Oktober noch 492 Mk. (ohne Neuanfassungen von Kleidung), so daß im Oktober 1921 in Leipzig ein Gesamtbedarf von 1595 Mk. für 100 Wochen erforderlich gewesen wäre, gegenüber einem solchen von 1457 Mk. im September. Es hätte demnach der Oktober eine Verteuerung um 139 Mk. gebracht, oder eine Steigerung der Wochenziffer von 354 im September auf 399 im Oktober 1921. Bringt man noch einen entsprechenden Teilbetrag für Neuanfassung von Kleidung in Anrechnung, der bei vorstehenden Ziffern gänzlich unberücksichtigt blieb, so ergibt sich bei einer Erhöhung um die Hälfte der amtlichen Indexziffer von 1103 + 552 = 1655 für vier Wochen oder rund 415 Mk. als wöchentliches Existenzminimum in Leipzig für Oktober 1921.

Ein Liter Milch 5 Mk. Im die Zufuhren von Frischmilch nicht zu gefährden oder teilweise ganz abzuschneiden, ist Berlin schon seit dem 1. Oktober gezwungen, den Milchpreis in ein Verhältnis zum Butterpreise zu bringen. Durch die anbauernende Steigerung des Butterpreises war man nun gezwungen, den Milchpreis für Milch auf 5 Mk. heraufzusetzen. So wird durch die freie Wirtschaft ein notwendiges Nahrungsmittel nach dem andern den ärmeren Klassen entzogen. Butter und Milch sind nur noch Luxus (ohne Luxussteuer) und werden nur noch jenen Kreisen zugänglich sein, die sich nie genug über die „Begehrlichkeit“ der Arbeiterschaft entrichten können.

Internationaler Gewerkschaftskongress 1922. Gemäß eines Beschlusses des Vorstandes des Internationalen Gewerkschaftsbundes wird der Internationale Gewerkschaftskongress für den 20. April 1922 nach Rom einberufen.

Das Notgeld als Zahlungsmittel und Sammelobjekt. Wie erinnerlich, hatte das Finanzministerium Mitte August beantragt, die Herstellung von Notgeld zu verbieten mit der Begründung, daß die Notgeldscheine vielfach nicht mehr als Notgeld zu betrachten seien, sondern als hochbegehrte Sammelobjekte, deren Erlös die Gemeindefinanzen füllt. Gefehtliche Maßnahmen sind wohl wiederholt angehängt worden, weil Kleingeld genug geprägt und in Umlauf gesetzt sei. Bis heute ist aber, mit Ausnahme der Verfügung des Freistaats Sachsen, nichts erfolgt; dagegen hätten natürlich auch die Gemeinden und die Buchdruckereien, die vorwiegend damit beschäftigt sind, energisch protestiert. Es ist auch gar nicht einzulehen, weshalb ein allgemeines Verbot erlassen werden sollte. Wenn gegenüber Privatfirmen, die gleichfalls dazu übergegangen waren, den Sammelwert geschäftlich auszunutzen und nur zu diesem Zwecke Papiergeld ohne Genehmigung und Nummerierung drucken ließen, so ist das schon etwas anderes. Im Interesse der mit Finanznöten kämpfenden Gemeinden und der Wohlthätigkeit sollte das dadurch beschäftigten graphischen Berufs kann man einem allgemeinen Verbot nicht das Wort reden. Doch im kurze befindliche Notgeld konnte auch noch sehr gut gebraucht werden, da der Kleingeldmangel durch Zurückhaltung (namentlich der 50-Pf.-Scheide aus Aluminium) immer noch groß genug ist. Viele Städte sind erst in letzter Zeit wieder wohl nur aus diesem Grunde zu Neuanlagen gezwungen. I. a. gab Berlin unterm 9. September eine Serie Fünfpfennigscheine heraus mit charakteristischen Berliner Ansichten aus früheren Jahrhunderten auf der Rückseite. Der Entwurf stammt von Professor Böhm, einem Lehrer der Berliner Kunstgewerbeschule, und der Druck wurde von der Reichsdruckerei beauftragt. Köln gab neues Notgeld mit allem Datum heraus, aber andere Wahrzeichen der Stadt. So fanden uns Moosburg i. Oberbayern und Volkstedt (Schwarz-Rud.) eine Probe ihres künstlerisch ausgestalteten Notgeldes. Auch Stadt hat sein Kleingeld (mit Schiller, Goethe u. a.) mit Motiven aus der Glatzei der Stadt, die der heilkräftige Lauchstädter Brunnen begründete. Erfurt hat sein Lauchgeld. Auf allen Scheinen sieht man historische Bilder und geschichtliche Motive der Städte verwandt, und manche stellen sich als wahre Kunstwerke in Miniatur dar. Das Harzer Notgeld, das sehr gut ausgestaltet ist, wurde namentlich von Ausländern stark begehrt und brachte den geschwächten Gemeindefinanzen ansehnliche Summen. Auch anderwärts war es so. So soll schon im Jahre 1917 z. B. Meiningen 20000 Mk. Reingewinn durch das Notgeld gehabt haben; Lohram 12000 Mk. und Geiflingen 5000 Mk. Zum Schaden für die Allgemeinheit ist aber das Notgeld der Gemeinden nicht, auch nicht staatsgefährlich, was das Verbot rechtfertigen könnte. Daß das Notgeld demnach eine kulturhistorische und künstlerische Wert hat, das die Not unserer Zeit und die Betriebsamkeit unserer Künstler und Drucker widerspiegelt, das sollte gleichfalls nicht verkannt werden.

Brand in einer Budapester Buchdruckerei. Von dem irrtümlich gewordenen 23jährigen Schriftsteller Karl Wagner wurde auf dem Dachboden des großen Gebäudes der Frankfurter Buchdruckerei zu Budapest Feuer angelegt. Während man an die Rettungsarbeiten ging, lief Wagner mit dem Messer in der Hand durch den großen Saal und schrie in wahnsinniger Welle: „Es lebe die Weltrevolution! Ich werde euch alle töten! Ich habe die Druckerei in Brand gesetzt!“ Die hierdurch entstehende Panik benutzte der Feindliche, sich in einem Schlafwinkel zu vertiefen, bis es gelang, ihn festzunehmen. Die katastrophalen Rückarbeiten, die bis tief abends dauerten, beschränkten das Feuer auf seinen Herd und verbrannten das Übergreifen auf die großen Buchdruckereien in der Universitätsstraße. Der Schaden ist ziemlich hoch.